

WOCHENRÜCKBLICK



Nur mit der AfD stehen die Interessen des Bürgers an erster Stelle



Die rotgrüne Landesregierung Thüringens will gegen eine mit breiter Mehrheit, aber auch mit AfD-Stimmen, im Landtag beschlossene Senkung der Grunderwerbssteuer vor dem Verfassungsgerichtshof klagen. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland aus Thüringen, kommentiert den Vorgang wie folgt:

„Bei dieser thüringischen Landesregierung überrascht es niemanden, dass sie gegen die Interessen der Bürger und Steuerzahler handelt und nun gegen ein Gesetz klagt, das den Bürgern Entlastung bringt. Dieses Vorgehen ist mehr als undemokratisch. Eine breite Mehrheit der Abgeordneten hat ein Gesetz beschlossen – das ist ein ganz normaler, nahezu alltäglicher demokratischer Vorgang. Ministerpräsident Ramelow und sein Kabinett tragen mit ihrer Klage maßgeblich dazu bei, wenn immer mehr Menschen sich von den politisch Handelnden nicht ernst genommen fühlen und sich von der Politik abwenden. Wenn im kommenden Jahr aus den Landtagswahlen in Thüringen die Alternative für Deutschland mit über dreißig Prozent als stärkste politische Kraft hervorgehen wird, werden wir die Interessen der Steuerzahler und Bürger wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken.“

Pressemitteilungen

Mehr Transparenz bei Medienbeteiligungen von Parteien

Die SPD ist an zahlreichen Medienhäusern und Zeitungsverlagen beteiligt. Kaum jemand weiß, dass hinter dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND) eine Verlagsgesellschaft steckt, an der mittelbar die SPD beteiligt ist. Das RND produziert nach eigenen Angaben redaktionelle Inhalte für 60 Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von mehr als 2,3 Millionen Exemplaren. Darüber hinaus bestehen mittelbare Beteiligungen der SPD und deren DDVG, der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft, an zahlreichen Zeitungsverlagen in Deutschland. Das Beteiligungsgeflecht ist für Außenstehende kaum zu durchschauen. Im Rechenschaftsbericht der Partei sind nur wenige Zeitungen als „Hauptprodukte“ aufgeführt. Für die Zeitungsleser ist deshalb praktisch nicht erkennbar, ob sie ein Produkt in den Händen halten, von dessen Kauf am Ende eine politische Partei profitiert.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, teilt dazu mit:

„Parteien sollten den Bürgern offen gegenüberstehen. Wo Medienbeteiligungen von Parteien bestehen, ist deshalb auf größtmögliche Transparenz zu achten, denn nur Transparenz schafft Vertrauen. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem im Rechenschaftsbericht alle Zeitungen aufzuführen sind, an denen eine Partei direkt oder indirekt wirtschaftlich beteiligt ist. Die Zeitung selbst muss auf diesen Umstand hinweisen, weil er für die Kaufentscheidung der Leser wichtig ist.“



Aktuelle Videos

SPD-Sumpf endlich auflären

Pressekonferenz der AfD-
Bundestagsfraktion



Gefangen vom Medienmonster SPD
Rede im Deutschen Bundestag



Lügen-Faeser!
Innenministerin beim Lügen erwischt!



Lampedusa ist überall
5 Fragen - 5 Antworten
Folge 237



STEPHAN
BRANDNER

3

Kommende Termine : Wahlkampfabschluss Bayern!

AfD

Wahlkampf in Waldkraiburg

Oktober
3

15:00 Uhr
Volksfestplatz

Martin Wieser, Bezirkskandidat, Listenplatz 1

Oliver Multusch, Landtagskandidat, Listenplatz 26

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender

AfD Kreisverband Amberg - Neumarkt

Kundgebung

Datum: Montag, den 2.10.2023
Beginn: 13:00 Uhr
Ort: Sulzbach-Rosenberg, Luitpoldplatz

UNSER LAND ZUERST!

Roland Magerl
MdL
Spitzenkandidat Oberpfalz

Claudia Marino
Bezirksvorsitzende
Kandidatin Amberg-Sulzbach

Stephan Brandner
MdB
Stellv. AfD-Bundessprecher

Stephan Brandner: Ja zu Bayern, ja zur Heimat!

2. Oktober 2023
ab 18:00 Uhr
Priener Schären
Prien a. Chiemsee

WINHART **BERGMÜLLER** **KOHLBERGER** **DEMME**

Freiheit!
Sicherheit!
Wohlstand!

AfD

Wahlkampfabschluss: Auf einen Kaffee mit Stephan Brandner!

Treffen Sie unseren Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner und stellen Sie ihm Ihre Fragen zur aktuellen Politik in unserem Land. Ebenfalls vor Ort: unser Landtagskandidat Andreas Füssel mit Informationen zu unserem Wahlprogramm und unserer Partei.

Am Tag der Deutschen Einheit, Dienstag, den 3. Oktober 2023.
Von 1000 bis 1400 Uhr.
Infostand auf dem Rathausplatz Traunreut.

AfD
Kreisverband Traunstein

Die Erosion des Rechtsstaats

Aus bundes-, landes- und kommunalpolitischer Sicht

Unterschleißheim
Dienstag,
03.10.2023
um 18:30
Einlass:
18:00

Anmeldung unter:
info@afd-muenchen-land.de

PETER KREMER Direktkandidat Bezirkstag
STEPHAN BRANDNER Jurist, MdB
CHRISTINA SPECHT Direktkandidatin Landtag

PIC-COLLAGE



STEPHAN BRANDNER

Kommende Termine im Wahlkreis

AfD

Bereit für mehr!

November 1 **19:00 Uhr**
Gasthaus Reißberg 04
Theodor-Körner-Straße 11
Greiz



Carolin Bachmann,
direkt gewählte
Bundestagsabgeordnete im WK 161

Stephan Brandner,
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,
stellv. Bundesvorsitzender

AfD
Kreisverband
Landkreis Greiz

STEPHAN BRANDNER

AfD

Erosion des Rechtsstaats

November 21 **19:00 Uhr**
Gaststätte Grüner Baum
Märien 5
Zeulenroda-Triebes



Stephan Brandner,
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,
stellv. Bundesvorsitzender

AfD
Kreisverband
Landkreis Greiz

STEPHAN BRANDNER

AfD
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Neues aus dem Bundestag

November 23 **19:00 Uhr**
Orangerie in Meuselwitz



Martin Reichardt
Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt

Stephan Brandner,
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,
stellv. Bundesvorsitzender

AfD
Kreisverband
Landkreis Greiz

STEPHAN BRANDNER



STEPHAN BRANDNER

Wahlkampf in Bayern 30.9. in Hof und Bayreuth



**STEPHAN
BRANDNER**

Vortrag: Moderne Kernenergie



Pressekonferenzen



Mediensumpf SPD trockenlegen



Organklage der Bundestagsfraktion



STEPHAN BRANDNER

Termine in der Plenarwoche



Fraktionssitzung



Treffen südafrikanische
Delegation



Interview zum Deutschland-Pakt



Mit Nicole Höchst und
Sebastian Münzenmaier

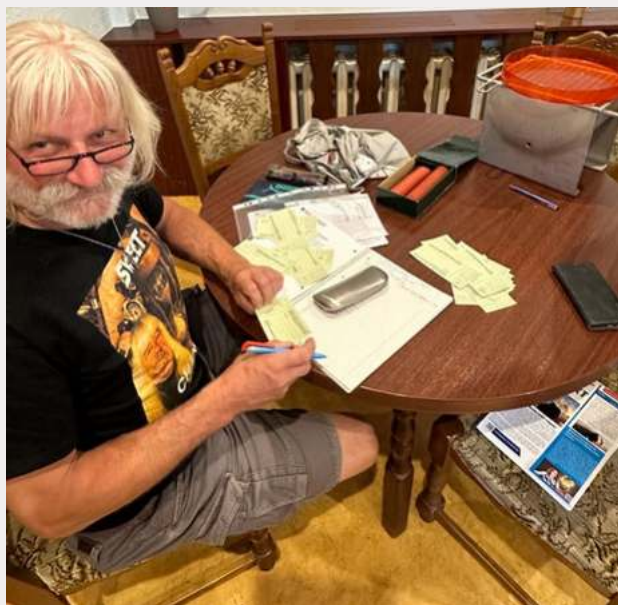


Anschlussdose Plenum



STEPHAN
BRANDNER

Skatturnier in Altenburg 29.9.



**STEPHAN
BRANDNER**

Die Plenarwoche um Deutschen Bundestag

Mittwoch, 27. September 2023

„Bürgerstunde“ für Petitionen ab 100.000 Mitzeichnern

Der Bundestag hat am Mittwoch einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Bürgerstunde im Bundestag für Petitionen mit 100.000 Mitzeichnern einführen“ beraten. Die AfD-Fraktion will im Bundestag das Format einer „Bürgerstunde“ einführen. Sie soll immer dann stattfinden, sobald der Petitionsausschuss dem Bundestag eine Beschlussempfehlung über eine Petition mit einem Quorum von 100.000 Mitzeichnungen vorlegt oder wenn eine Fraktion eine Bürgerstunde für eine Petition mit einem Quorum von 100.000 Mitzeichnungen verlangt. Der Antrag zielt darauf, die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages entsprechend zu ergänzen. In der Bürgerstunde sollen Abgeordnete und Fraktionen zum Gegenstand der Petition Stellung nehmen. Die AfD-Fraktion begründet ihre Initiative damit, dass Petitionen derzeit im Plenum faktisch nicht beraten würden..

Befragung der Bundesregierung AfD regt Erhöhung der Entfernungspauschale an

Auf die Frage des AfD-Abgeordneten Kay Gottschalk, ob Lindner bereit wäre, die Pendler durch eine Erhöhung der Entfernungspauschale zu entlasten, sagte der Minister, dazu gebe es keine Pläne. Er riet im Übrigen dazu, nicht nur das Steuerrecht zu sehen, sondern auch die Tarifentwicklung bei Löhnen und Gehältern. Auch von der steuerfreien Inflationsprämie hätten schon viele profitiert.□



STEPHAN
BRANDNER

10

Die Plenarwoche um Deutschen Bundestag

Donnerstag, 28. September 2023

Bundestag lehnt Elf-Punkte-Plan der AfD zum Schutz der Grenzen ab

Mit großer Mehrheit hat der Bundestag einen Antrag der AfD-Fraktion auf einen „Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration“ zurückgewiesen. Das Parlament lehnte die Vorlage am Donnerstag in namentlicher Abstimmung ab.

Die AfD forderte die Bundesregierung auf, zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte nach Deutschland „sofortige temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Landgrenzen“ einzuführen und „Gewahrsamszentren unmittelbar an den Grenzen zur Sicherung sofortiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen im Falle von unzulässigen Schutzanträgen einzurichten“. Ferner wurde die Bundesregierung in dem Antrag aufgefordert, ein „strenges Sachleistungsprinzip für Asylbewerber“ umzusetzen sowie die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern „in Verbindung mit der zeitnahen Prüfung der Förderungsmöglichkeit des Ausbaus von Abschiebehaftplätzen“ zu forcieren.

Erstmals debattierte das Parlament in der Aussprache zudem über einen weiteren AfD-Antrag, die „Befugnisse der Bundespolizei bei Abschiebungen zur Bewältigung der Massenmigration“ zu stärken. Darin wird die Bundesregierung zugleich aufgefordert, eine zukünftige Gesetzesvorlage für ein neu einzuführendes Bundespolizeigesetz „in thematisch und gegebenenfalls auch zeitlich getrennte Gesetzespakete aufzuteilen, um damit auch die Chance einer Akzeptanz im Bundesrat zu erhöhen“.

In der Debatte warf Martin Hess (AfD) der Koalitionsregierung eine „desaströse“ Migrationspolitik vor. Dabei erlebe man keinen Kontrollverlust, sondern einen Kontrollverzicht zum Schaden des Landes. Derweil seien die Belastungsgrenzen der Kommunen bei der Aufnahme von Migranten bei weitem überschritten.

Die SPD verkünde zwar, sie wolle die Migration begrenzen, sei aber gegen eine Obergrenze. Gebraucht werde die „Festung Europa“ zur Sicherung der Außengrenzen.

Aussprache zur Transparenz der Medienmacht von Parteien

Der Bundestag hat am Donnerstag über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Parteiengesetzes und weiterer Gesetze „zur Verhinderung von Falschmeldungen und Transparenz der Medienmacht von Parteien“ beraten, den die AfD-Fraktion vorgelegt hat. Nach Auffassung der Fraktion gibt es bei der Beteiligung von Parteien an Medienunternehmen ein „Transparenzproblem“. Bisher müssten Parteien ihren Rechenschaftsberichten nur die „Hauptprodukte“ solcher Medienunternehmen nennen. Mit einer Änderung am Parteiengesetz will die Fraktion nun erreichen, dass alle Produkte genannt werden müssen.

Ferner möchte die Fraktion eine Änderung im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb ändern, um auch in Medienprodukten Transparenzhinweise zu ermöglichen. Demnach sollen „Leser von Medienerzeugnissen darüber aufgeklärt werden müssen, falls die Inhalte von Medienunternehmen stammen, an denen eine politische Partei unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Die notwendige Transparenz kann beispielsweise in der Form hergestellt werden, dass neben dem betreffenden Artikel ein Hinweis erscheint: 'redaktionell aufbereitet von XYZ - ein Unternehmen mit Beteiligung der ABC-Partei'“, führt die Fraktion aus.

Stephan Brandner merkt in seiner Rede dazu an: „Die „Sächsische Zeitung“ und „Die Morgenpost“ in Dresden und Chemnitz, die „Niederelbe-Zeitung“, die „Neue Presse Coburg“, „Frankenpost“, der „Nordbayerische Kurier“, die „Westfälischen Nachrichten“, die „Neue Westfälische“, das „Freie Wort“ in Suhl und die „Südthüringer Zeitung“ – überallsteckt SPD drin, aber nirgendwo steht SPD drauf. Warum denn nicht? Weil natürlich keiner die Parteiblättchen kaufen würde.“□



STEPHAN
BRANDNER

Die Plenarwoche um Deutschen Bundestag

Freitag, 29. September 2023

Schlagabtausch im Plenum zum CDU/CSU-Antrag zu „Clankriminalität“

Einen heftigen Schlagabtausch über die richtige Strategie gegen die Organisierte Kriminalität und deren Unteraspekt der sogenannten Clankriminalität lieferten sich am Freitag die Abgeordneten in einer einstündigen Debatte. Grundlage war ein entsprechender Antrag der CDU/CSU-Fraktion. Darin fordert die Union eine Null-Toleranz-Politik in Fällen von Clankriminalität. In der Debatte reagierten alle anderen Fraktionen des Bundestages mit harscher Kritik auf den Antrag der Unionsfraktion – und dies nicht, weil sie keinen Handlungsbedarf sehen. Die AfD warf der Unionsfraktion „Doppelzüngigkeit“ und Ideenraub vor; die Ampel-Fraktionen wiesen den Vorwurf der Tatenlosigkeit scharf von sich und listeten auf, was sie in den vergangenen zwei Jahren angestoßen haben.

Auch wenn es inhaltlich viele Übereinstimmungen zu AfD-Anträgen gibt, griff deren Redner Dr. Bernd Baumann die Union scharf an: Diese handele nicht aus Überzeugung, sondern reagiere auf Umfragewerte der AfD und würde sich im Zweifel wieder dem „linksgrünen Mainstream“ anschließen.



STEPHAN
BRANDNER

12

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-
bundestag.de
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-
bundestag.de
**Geöffnet: Do und Fr: 10-
17 Uhr**

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-
bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-
17 Uhr**



**Wahlkreisbüro
Zeulenroda**
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-17 Uhr

**Wahlkreisbüro
Sömmerda**
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-
bundestag.de
Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner

Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Sie haben Fragen
an mich?**

Schnell über
www.abgeordnetenwatch.de
stellen und auch andere davon
profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de



**STEPHAN
BRANDNER**

13